

Anna Durnová (Lyon)/Thomas König (Wien)/Julia Mourão Permoser (Wien)

Einleitung: Gegen eine „post“-theoretische Wissenschaft

Far more so than Coca-Cola or Disney, it is the frameworks of knowledge, encapsulated in the academic disciplines, which have become universalized.
(V. Lal 2002, 3)

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe der ÖZP nehmen wir aktuelle *frameworks of knowledge* in der Politikwissenschaft genauer unter die Lupe. Solche „Erkenntnisweisen“ sind Theorien, die für die sozialwissenschaftliche Praxis drei wesentliche Dinge bereitstellen: einen Fragen aufwerfenden Beobachtungsrahmen sozialer Verhältnisse; ein analytisches Instrumentarium, das diese Fragen zu beantworten erlaubt; und eine politische Programmatik, die Gestaltungsvorschläge zur Lösung dieser Fragen anbietet. Wissenschaftliche Theorien sind somit handlungs- und erkenntnisleitend und stehen in einer untrennbaren Beziehung mit jenen Praktiken, die sie anstiften und aus denen sie zugleich ihren Gehalt beziehen.

Obwohl sich diese Definition fürs Erste recht einfach liest, sollten wir gleich anschließen: Theorien haben es in der Politikwissenschaft immer besonders schwer gehabt. Warum? Schlechterdings ist kein politisches Handeln – seien es weichenstellende Entscheidungsfindungen Einzelner, kollektive Reaktionen auf politische und soziale Maßnahmen oder Wahlakte in der repräsentativen Demokratie – denkbar, ohne dass ihm eine gewisse „Theorie“ zugrunde liegen würde. Nach Smith (1996, 121–126) ist das spezifisch Politische in der Politikforschung überhaupt die „fundamentale Spannung“, die das Fach prägt. Was könnte denn anderes die Frage nach dem Politischen behandeln als „Theorie“ – die Praxis von Erklären, Konzeptualisieren, Rechtfertigen und Rationalisieren von (politischen) Entscheidungen?

Je nachdem, welches Ziel sich VertreterInnen der Disziplin steckten, wurden der „Theorie“ in der Geschichte der Politikwissenschaft sehr verschiedene Positionen zugeordnet. So hat sich die positivistische Strömung im Goldenen Zeitalter der (behavioralistischen) Politikwissenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren konsequent von ihrer Subdisziplin *political science* abgenabelt (Hauptmann 2005). Theorien, als normativ beurteilt und verurteilt, konnten nunmehr in eine Schublade gesteckt werden, von wo sie den empirisch ausgerichteten Forschungsbetrieb nicht mehr weiter stören sollten.

Eine *hard science* ist die Politikwissenschaft – ähnlich wie andere Sozialwissenschaften – dadurch aber nicht geworden. Und das liegt vor allem daran, dass auch die empirischen Theorien (seien sie nun induktiv entwickelt wie vom Behaviorismus, seien sie deduktiv gesetzt wie vom Rational Choice), die heute den Mainstream der Disziplin ausmachen, selbst keineswegs auf einer einheitlichen Basis stehen. Der lange Zeit (und auch heute) starke Wunsch nach einer einheitlichen Basis, einem erkenntnistheoretischen Fundament, sollte die Universalisierbarkeit und damit auch Wissenschaftlichkeit der Politikforschung sichern, nur erwies sich nachträglich gerade hinsichtlich dieser Kriterien die Trennung von Theorie und Empirie falsch. Die darauf folgende theoretische Vielfalt der Politikwissenschaft ergab und ergibt für die Disziplin eine Reihe von Problemen. Die Kommunikation innerhalb der Disziplin wird erschwert; die Aussagen, die auf Basis der einen theoretischen Grundlage getroffen werden, können auf Basis einer ande-

ren leicht verworfen werden; die Disziplin kann damit oft den formulierten Ansprüchen auf gesellschaftliche Geltung nicht nachkommen.

Zugleich bemerken wir spätestens seit den Achtzigerjahren in allen Gliedern der Disziplin ein nicht versiegendes Unbehagen über den Status von Theorie im Zusammenhang mit Erkenntnisinteresse und Gesellschaft. An den leitenden Ausrichtungen der Politikwissenschaft werden zwei Dinge kritisiert: Erstens, dass es immer ein spezifisches Erkenntnisinteresse der PolitikwissenschaftlerInnen gibt, und dieses nicht verheimlicht (bzw. hinter technisch-methodischen Überlegungen versteckt) werden soll; die Idee der Werturteilsfreiheit hat sich hier als unzulänglicher, weil überzogener und unreflektierter Anspruch erwiesen. Zweitens, dass der Begriff der Theorie neu zu konzeptualisieren sei: Nicht als Grundregel einer Politikwissenschaft, sei sie nun normativ oder analytisch verfasst, sondern als ein allgegenwärtiger Gegenstand des politischen Lebens, als eben eine Rationalisierung, Rechtfertigung, Konzeptualisierung und Erklärung von Praxis.

Dieser „postpositivistische“ Trend reicht weit über die disziplinären Grenzen hinaus. Aus verschiedenen Richtungen haben sich sozialwissenschaftliche Theoriekonzepte dazu entwickelt, in denen die Selbstreflexion zum Bestandteil des wissenschaftlichen Arbeitens gemacht wird. Wir finden sie in der Betonung der „Ontologie“ des Kritischen Realismus (Hay 2006) ebenso wie in der Thematisierung der Kritik bei Boltanski/Thévenot (1999) wie im Aufwerfen der Frage, welche Rolle Politikwissenschaft eigentlich spielen soll (Davis 2003). Als Erkenntnisweisen – *frameworks of knowledge* – haben diese Ansätze unterschiedliche Grade der Formalisierung und auch Akzeptanz erreicht; gemeinsam ist ihnen, dass sie das Ideal infrage stellen, wonach Politikwissenschaft Gesellschaft zu beobachten, zu analysieren und vorhersagbar zu machen imstande ist.

Wir müssen dabei nicht so weit gehen wie die VertreterInnen der These, dass die Performance sozialwissenschaftlicher Erkenntnisweisen selbst auf die soziale Welt wirkt und diese lenkt (Callon 1995), um die grundsätzliche Kritik zu erkennen: Wir können nicht so tun, als wären wir nicht ein Teil dessen, was vor sich geht. Solche Gedanken sind nicht neu; Robert K. Mertons Formulierung der *self-fulfilling prophecy* hat sie bereits ziemlich genau auf den Punkt gebracht (Merton 1968). Für Merton war das noch ein Problem, das einer (technischen) Lösung bedurfte. Demgegenüber ist die Selbsteinschätzung in den Sozialwissenschaften nach Foucault kritischer: Das Praktisch-Werden ihrer Erkenntnisweise involviert SozialwissenschaftlerInnen in die Machtstrukturen der sozialen Welt; die jeweilige Theorie – dieses spezifische *framework of knowledge* – stellt einen Schlüssel zum Verständnis dieser Machtstrukturen dar.

Den postpositivistischen Ansätzen schlägt freilich ein strenger Wind entgegen: In einem ersten Schritt werden diese Theorien dem Vorwurf ausgesetzt, einem Diktat der Interdisziplinarität zu unterliegen, indem soziologische, kulturalanthropologische, ökonomische oder psychologische Ansätze zur Erklärung politischer Phänomene zur Analyse herangezogen werden, anstatt dass auf das politologische Reservoir selbst zurückgegriffen wird. Als wären ihre AkteurInnen zu sehr dem Begriff „post“ gerecht geworden und die Reflexivität und Interdependenz zum Basiskriterium der Wissenschaftlichkeit erhoben.

Diese Kritik wird, in einem zweiten Schritt, in der Rechtfertigungsdebatte der Disziplin ausgetragen. Politikwissenschaft wird generell einer Nutzlosigkeit angeklagt. Im Lichte der Finanzierung der Wissenschaft wird diese Kritik immer lauter und dreht sich – auch implizit – um dieselbe Sackgasse einer die Reflexivität und Interdependenz hervorgehobenen Zugangsweise: „The danger is that political science is moving in the direction of saying more and more about less and less“, erwähnte, fast zynisch, die New-York-Times-Kolumnistin Patricia Cohen das

Zitat eines namenhaften Professoren aus Harvard, im Kontext der im Herbst 2009 laut gewordenen US-Debatten um die Relevanz der Disziplin.¹

In ihrer Botschaft sind auch solche Debatten kaum neu: Sie erreichen jedoch angesichts des Interdependenzkriteriums, das das politische und intellektuelle Leben in den etlichen Formen der „Post“ Ausprägungen mit geprägt hatte, einen Höhepunkt:

The basic question [...] today ought to be not whether the social inquiry is scientific, rather it ought to be whether understanding others – particularly others who are different – is possible and if so, what such understanding involves. (Fay 2005, 5)

Was ist das Fundament einer Wissenschaft, die sich als Gesellschaftswissenschaft die Rolle erteilt, die Dynamik der Gesellschaftsprozesse zu entfalten, in der sie sich selbst wiederfindet? Die vorliegenden Beiträge versuchen demnach, kühn ausgedrückt, das unter dem Präfix „Post“ verborgene Paradigma der Wissenschaft ernst zu nehmen und die zerbrechliche Glaskugel des Theoriebegriffs in die Hand zu nehmen. Sie berufen sich dabei auf die schon genannte Reflexivität und Interdependenz und richten diese gegen sich selbst: gegen ihre Praxis als PolitikwissenschaftlerInnen und als politische TheoretikerInnen.

Auch wenn wir es uns anders gewünscht hätten, so wurde bei Einreichung von 34 Vorschlägen rasch deutlich, dass weniger die Analyse von Theorie im Kontext politischen Handelns im Mittelpunkt stehen würde, sondern vor allem die Reflexion – soll heißen, die Analyse von politikwissenschaftlicher Praxis. Dem Vorgehen der eigenen Disziplin auf den Zahn zu fühlen schien für die meisten Beitragenden der zentrale Aspekt zu sein. Warum? Offensichtlich ist dafür zu selten der Raum vorhanden.

Das Stichwort *Praxis* kristallisiert sich erstens innerhalb einer Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen einer oder mehrerer Theorien und der zusammenhängenden Metafrage der Voraussetzungen einer Theorie. So arbeitet Hans Pühretmayer das Konzept der *Problematik* heraus, als einen Rahmen, unter dem Theorien generell kombinierbar sind. Dieser Versuch ist umso zerbrechlicher, als der Autor als Erklärungsgegenstand eine Theorie unter die Lupe nimmt, die selbst für Kombination und Bedeutungsfunktion eines Antagonismus plädiert. Auch der Beitrag von Lars Larsen geht in diesem Sinne dem Prinzip des *tactical displacement* nach, um die Konsequenzen einer Forschungsstrategie zu diskutieren, die sich aus der postpositivistischen Ausprägung der Politikfeldanalyse ableiten lässt. Lasse Thomassen nimmt Jacques Derrida beim Wort und entschließt sich zu einer Dekonstruktion des dekonstruktivistischen Paradigmas, um das Fundament Theorie als etwas Umrahmendes oder gar Überwachendes zu widerlegen und ihren Charakterzug einer *Intervention* hervorzuheben. Stephen Engelmann wendet im Grunde klassische Ideengeschichte auf die jüngste Entwicklung der US-amerikanischen Politikwissenschaft und ihrem Trend zur Biologisierung an. Dabei deckt er eine Grundspannung innerhalb des „technopolitischen“ Paradigmas auf, das zwischen dem pragmatischen *will to govern* und der Suche nach einem letztgültigen theoretischen Fundament menschlichen politischen Handelns changiert.

Zweitens ragt das Politische von Praxis heraus. Zunächst einfach als Gegenstand in Entscheidungsprozessen. So stellt sich etwa die Frage, wie eine bestimmte politische Gruppierung die ihr zugrunde liegende Theorie fruchtbar macht, aufgreift, in einen politischen Konflikt einfließen lässt – und wie diese Praxis selbst wieder auf das Fach zurückfällt. Wie Oliver Marchart, Stephan Adolphs und Marion Hamm zeigen, liegen Theorieentwicklungen politische Verhältnisse zu Grunde, aber auch umgekehrt verbergen sich unter der Politik Theorieentwicklungen, die

auf die Dynamik etwaiger Reaktionen reagieren. Eva Kreisky und Marion Löffler verweisen auf das Problem, rezente Demokratietheorien zu analysieren: Dabei muss immer der Gehalt dessen, was als Demokratie benannt wird, mitgedacht und mit eingefordert werden. Wo eine solche Abstimmung mit der Realität fehlt, wird das Gerede von Demokratie zur Pose.

Was sind nun die praktischen Hinweise dieser Selbstreflexion und Dynamik? Die Antwort geht notwendig in die Richtung nicht einer universalisierbaren Forschungsstrategie, sondern einer bewusst politischen. Konzepte wie Governance, Partizipation oder Demokratie und ihre jeweiligen politischen und kulturellen Ausprägungen stehen einander gegenüber, womit die angesprochene Universalisierbarkeit oft scheitert (vgl. dazu die Kritik des Begriffs „Partizipation“, Fischer 2009). Diese Art von *cultural (re-)turn* alterniert den *practice turn*, der von den jeweiligen Feldforschungspraktiken heraus Konzepte und Leitfaden etablieren will, die einen besseren Zugang zur Analyse politischer Phänomene darstellen wollen. In ihrem Fokus auf die Praxis lediglich ein „geteiltes Aktivitätsmuster der Einzelnen“ (Schatzki 2001, 2) machen sie im Prinzip ein Theoretisieren des Phänomens unmöglich.² Vor diesem Hintergrund weitet das vorliegende Schwerpunktheft die Bedeutung der Praxis auf die „Theorie“, auf das scheinbar „Universalisierbare“ selbst.

Die vorliegenden Beiträge mögen nun dem Vorwurf ausgesetzt sein, bloß *advocati diaboli* zu spielen. Denn die angesprochenen Aspekte der Objektivität und Innovation spielen sich in einem sowohl politischen als auch politikwissenschaftlichen Kontext ab. Für die HerausgeberInnen ragt aber gerade mit der Figur des *advocatus diaboli* das Forscherische heraus: nämlich eine Ethik der Theorie, die bei der Interdependenz nicht aufhört sondern anfängt. Eine Theorie, die eine Reflexion als Teil ihrer Programmatik nimmt, ohne aber auf eine eigene (durch diese Reflexion begründete) Position zu verzichten. Die Beiträge wurden letztendlich von ForscherInnen beigesteuert, die von ihnen diskutierte Theorien selbst praktizieren und daran festhalten. Eine solche Praxis der Theorie stellt sich dem Politischen insofern, als die Dynamik der jeweiligen AkteurInnen nicht nur analysiert, sondern ihr in einem Lösungsangebot Rechnung getragen wird. In diesem Sinne plädiert das Schwerpunktheft gegen das „Post“-Theoretisieren zugunsten einer reflektierten Orientierung innerhalb der aktuellen theoretischen Landschaft der politikwissenschaftlichen Forschung.

ANMERKUNGEN

- 1 Heute unterliegt der Spezialbereich der politischen Theorie, von anderen FachvertreterInnen in der Regel eher abschätzig beurteilt, einer „Balkanisierung“. Wendy Brown, auf die diese Bezeichnung zurückgeht, führt das geradewegs auf die Professionalisierung zurück, die auch die Teildisziplin erfasst hat (Brown 2002, 566). Diese Professionalisierung ist insgesamt ein wesentlicher Zug des Abdichtens der Disziplin von selbstreflexiven, kritischen Interventionen.
- 2 Thomas Schatzki bringt die Vorwürfe des *practice turn* gegen den Theoriebegriff auf den folgenden Punkt: „Although practice thinkers fashion theories of this sort, they are generally suspicious of ‚theories‘ that deliver general explanations of why social life is as it is.“ (Schatzki 2001, 4).

LITERATURVERZEICHNIS

- Brown, Wendy (2002). At the edge, in: Political Theory, Vol. 30(4), 556–576.
 Boltanski Luc/Laurent Thévenot (1999). The Sociology of Critical Capacity, in: European Journal of Social Theory, Vol. 2 (3), 359–377.

- Callon, Michel* (1995). Four Models For The Dynamics Of Science, in: Sheila *Jasanoff* et al. (Hg.): Handbook Of Science And Technology Studies, Thousand Oaks, 29–63.
- Fay, Brian* (2005). Contemporary Philosophy of Social Science, Oxford, 199–222.
- Fischer, Frank* (2009). Democracy and Expertise: Reorienting Policy Inquiry, Oxford.
- Hauptmann, Emily* (2005). Defining „Theory“ in Postwar Political Science, in: George *Steinmetz* (Hg): The Politics of Method in the Human Sciences. Positivism and Its Epistemological Others, Durham/London, 207–232.
- Hay, Colin* (2006). Political Ontology, in: Robert E. *Goodin*/Charles *Tilly* (Hg.): The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis, Oxford, 78–96.
- Lal, Vinay* (2002). Unhitching the disciplines: history and the social sciences in the new millennium, in: Futures Vol. 34, 1–14.
- Merton, Robert K.* (1968). Social Theory and Social Structure, New York.
- Schatzki, Theodore R.* (2001). Introduction: Practice Theory, in: Theodore R. *Schatzki*/Karin *Knorr-Cetina*/Eike von *Savigny* (Hg.): Practice Turn in contemporary Theory, London, 1–14.
- Smith, Rogers M.* (2002). Science, Non-Science, and Politics, in: Terence J. *McDonald* (Hg): The Historic Turn in the Human Sciences, Ann Arbor, 119–160.

AUTORINNEN

Anna DURNOVÁ, promovierte Komparatistin und Politologin, ist dzt. Projektmitarbeiterin an der Universität Lyon und Lektorin an der Universität Wien und der Masaryk Universität in Brno. Forschungsinteressen: Schnittstelle Politik und Emotionen, Diskursforschung.

Korrespondenzadresse: ENTPE (Laboratoire LET), rue Maurice Audin, Vaulx-en-Velin CEDEX 69518, France.
E-Mail: anna.durnova@univie.ac.at

Thomas KÖNIG, promovierter Politologe, ist dzt. Projektmitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Lektor für Politische Theorie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Forschungsinteressen: Wissenschaftspolitik in den USA und Österreich.

Korrespondenzadresse: Institut für Zeitgeschichte, Spitalgasse 2–4, 1090 Wien.
E-Mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Julia MOURÃO PERMOSER ist dzt. Assistentin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Forschungsinteressen: Migration, Citizenship, EU-Politik.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 7/2, 1010 Wien.
E-Mail: julia.mourao.permoser@univie.ac.at